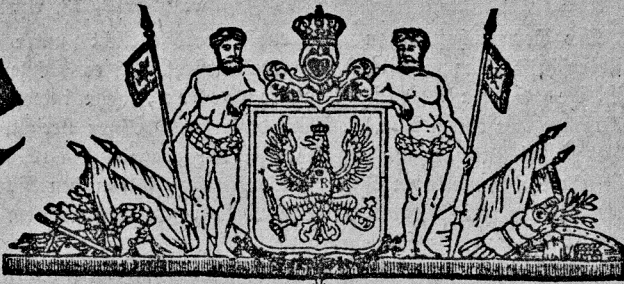


# Vossische



# Zeitung

1 Mark  
(Ausland: 3 M.)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 28 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark, Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

## Die Antwort der Reparationskommission.

### Ablehnung des deutschen Standpunkts

Die Reparationskommission hat gestern der deutschen Kriegslasten-Kommission in Paris eine Note zugehen lassen, die nach dem in später Abendstunde telegraphisch hierher übermittelten Text folgenden Wortlaut hat:

Die Reparationskommission an Herrn Reichsminister Dr. Brüning:

Die Reparationskommission hat am 10. April die Mitteilung des Reichsministers vom 7. April erhalten. Sie hat mit Ueberlegung und mit Bedauern festgestellt, daß die deutsche Regierung die hauptsächlichsten Bedingungen, von denen die Kommission die Bewilligung eines Zahlungsausschlusses an Deutschland abhängig gemacht hat, bestimmt ablehnt. Insbesondere erklärt sich die deutsche Regierung außerstande.

1. Irgend eine neue Steuer neben den im Steuerkompromiß vorgesehenen Steuern zu schaffen;
2. Zahlungen in fremden Währungen auf andere Weise als mittels einer äußeren Anleihe zu bewirken;
3. Irgend eine Ueberwachung der deutschen Finanz- oder Verwaltungsorganisation anzunehmen mit der Begründung, daß eine derartige Ueberwachung die Souveränität Deutschlands beeinträchtigen würde.

I. Was den ersten Punkt anlangt, so ist es offenbar unumgänglich, daß die Gesamtheit der von der deutschen Regierung in deutscher Währung zu bezahlenden Ausgaben (sei es für die Reparationen, sei es für andere Zwecke) mittels der wirklichen Einnahmequellen des deutschen Volkes ohne erneuten Rückgriff auf die Inflation bezahlt werden. Die Reparationskommission ist, wie in ihrem Schreiben vom 21. März 1922 ausgeführt war, vollkommen geneigt, im Jahre 1922 die Bezahlung eines beträchtlichen Teils dieser Ausgabe mit Hilfe innerer freiwilliger oder Zwangsanleihen in Betracht zu ziehen.

Die deutsche Regierung selbst zieht die Möglichkeit, in der Zwangsanleihe die Mittel zu finden, die Gesamtheit des Defizits zu decken, nicht in Betracht. Offenbar besteht aber wenig Hoffnung, da der Kredit der deutschen Regierung bei ihrem eigenen Volke genügend wiederhergestellt ist, um ihr die Durchführung freiwilliger Anleihen zu ermöglichen, bevor sie einen überzeugenden Beweis von Laikraft auf dem Steuergebiet geliefert hat, als denjenigen, der sich aus den Vorschlägen des Steuerkompromisses ergibt. Beispielsweise hinsichtlich der Besteuerung der derzeitigen Gewinne von Industrie und Handel.

Die Kommission bleibt daher überzeugt, daß eine sofortige beträchtliche Vermehrung der Steuern über die im Steuerkompromiß in Betracht gezogene Vermehrung hinaus im Interesse Deutschlands selbst unumgänglich ist. Infolgedessen kann sie zurzeit nur die Bedingungen hinsichtlich weiterer Steuern, welche sie in ihrem vorausgehenden Schreiben ausgesprochen hat, voll und ganz aufrecht erhalten, wobei sie sich indessen bereit erklärt, jeden Vorschlag zu prüfen, den die Deutsche Regierung mit dem Ergebnis machen könnte, eine befriedigende Regelung des gesamten Fehlbetrages des Haushalts herbeizuführen.

II. Hinsichtlich des zweiten Punktes ergibt sich nicht weniger klar, daß jede Hoffnung für Deutschland, im Ausland eine Anleihe von irgendwelcher Bedeutung aufzunehmen, Chimäre bleiben wird, solange Deutschland nicht eine sehr ernsthafte Anstrengung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts seines Haushalts gemacht hat.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die beiden ersten Punkte, in ihrer Gesamtheit betrachtet, kommt also einer Weigerung gleich, irgendeinen wirksamen Versuch zu machen, sich die notwendigen fremden Devisen für die Bezahlung der Reparationen zu beschaffen.

III. Hinsichtlich des dritten Punktes vermag die Kommission in dem durch ihr Schreiben vom 21. März gestellten Bedingungen nichts zu erblicken, was die Befürchtungen der Deutschen Regierung auch nur im geringsten zu rechtfertigen geeignet wäre. Die Kommission hat in keinem Punkte in das Recht der Initiative oder in die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Steuern oder Ausgaben der Deutschen Regierung oder der gesetzgebenden Faktoren Deutschlands eingegriffen. Sie hat sich darauf beschränkt, in erster Linie zu fordern, daß Deutschland alle allgemeinen erforderlichen Maßnahmen ergreift, damit die Ausführung der Reparationsverpflichtungen im Vorrang vor nicht unumgänglich gebotenen inneren Ausgaben sichergestellt wird; in zweiter Linie, daß die Deutsche Regierung ihr soweit das von ihr abhängt, die Mittel gibt, sich zu vergewissern, daß diese allgemeinen Bestimmungen von der deutschen Regierung richtig und genau angewandt werden.

Die Deutsche Regierung hat keinen Grund zur Beschwerde, der sich auf den Vertrag oder auf die von den alliierten Regierung gegebenen Versicherungen stützen könnte. Die Deutsche Regierung darf überdies nicht vergessen, daß sie um einen Aufschub ihrer durch den Vertrag und durch den Zahlungsplan bestimmten Verpflichtungen nachgesucht hat und daß bei Gewährung dieses Aufschubs die Kommission berechtigt war, alle Bedingungen zu stellen, welche ihr notwendig erscheinen konnten.

Die Bedingungen, welche der deutschen Regierung durch das Schreiben vom 21. März für die Gewährung eines vorläufigen Zahlungsausschlusses mitgeteilt worden sind, sind nach ernster Ueberlegung festgelegt und die Reparationskommission kann demnach nur hoffen, daß die deutsche Regierung sich davon Rechenschaft ablegen wird, daß die klarsinnige Haltung, die sich aus der deutschen Note ergibt, ohne rechte Erwägung der Folgen eingenommen ist, welche sie nach sich ziehen muß. Die Kommission wünscht keineswegs der deutschen Regierung oder dem deutschen Volke eine unmögliche Aufgabe zu stellen. Im Gegenteil, sie fordert nur ein Zusammenwirken bei den notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands. Aber eine unumgängliche Bedingungen für ein derartiges Zusammenwirken ist die Beachtung nicht nur der Grundsätze, sondern auch des Mechanismus des Vertrages von Versailles.

Wenn die in der Note des Kanzlers angenommene Haltung aufrechterhalten wird, ist jede weitere Erörterung zwischen der Kommission und der Deutschen Regierung offenbar unmöglich. Aber wenn nach Ueberlegung die Deutsche Regierung davon absieht, das Recht der Reparationskommission, ihre Entscheidung aufzuerlegen, zu bestreiten, so ist die Kommission bereit, jede praktische Anregung zu prüfen, die von der Deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, vorgebracht werden könnte. Diese Erklärung seitens der Reparationskommission darf keineswegs in dem Sinne ausgelegt werden, daß diese inzwischen die Ausführung der Entscheidung vom 21. März oder der in ihrem Schreiben vom gleichen Tage aufgelegten Bedingungen zurücknimmt oder vorläufig außer Kraft setzt.

gez.

Dubois, Salvago Raggi, John Bradbury, A. Bemelmann

## Die Schreckensherrschaft der Preise

Von

Dr. Erwin Steiniger.

Zum vierten Male seit dem Zusammenbruch seiner Macht und seiner Hoffnungen feiert das deutsche Volk Ostern. Aber niemals vielleicht in diesen ganzen Jahren waren die breiten Massen der schaffenden Bevölkerung von Aufregung, von Zukunftsangst, von Zukunftsangst weiter entfernt. Niemals fühlten weite Schichten sich gleich unerbittlich, gleich unentrinnbar in einen schicksalhaften Ablauf des Niedergangs und der Verelendung verstrickt; nie war für den Einzelnen, der mit seinem Sinnen und Streben, mit seiner Kraft und seinem Glauben den Weg zum Wiederaufstieg des Ganzen sucht, der Kampf gegen Resignation und Verzweiflung schwerer. Die innere Finsternis wird fürs erste auch nicht durch ein starkes Licht von außen erhellt; die Osterglocken von Genua läuten vorläufig keine lebenskräftige Erlösungshoffnung ein.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission hat in ihren einleitenden Ausführungen darauf hingewiesen, wie schwer die wirtschaftliche und soziale Not ist, in die die rasende Preissteigerung der letzten Monate und Wochen das deutsche Volk gedrängt hat. Im ehemals feindlichen Ausland, wo ja noch immer angebliche „Sachverständige“ die frivolt-brüderliche Lehre verkünden, Deutschland ruiniere absichtlich seine Finanzen und sein Geldwesen, um seine Gläubiger zu prellen und selbst in unerlaubter Fülle und Ueppigkeit leben zu können, wird man an dieser Bemerkung vielleicht achtlos und achselzuckend vorübergehen. Aber jeder gute Europäer, jeder, dem an der wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft des alten Erdteils — die zu einem guten Teile von der Schaffensfreudigkeit, der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes abhängt — gelegen ist, sollte sich über die Tragik der Teuerungsziffern Rechenschaft geben, die die Note der deutschen Regierung beiläufig erwähnt. Sie hebt hervor, daß manche Bedarfsgegenstände in Deutschland jetzt sechzig- oder siebzehnmal soviel kosten wie im Frieden, daß einzelne noch stärker gestiegen sind, und daß sogar das Brot, bei dessen Preisbildung Zwangs- und Zufallswirtschaft noch nachwirkten, fünfundsiebzigmal so teuer ist, wie zur Zeit des Kriegsausbruchs. Aber die Steigerung der Preise gegenüber dem Friedensstande ist nicht das eigentliche Maß der fortschreitenden Verelendung. Man kann sich theoretisch eine Preisentwicklung vorstellen, die, obwohl sie schließlich im Endeffekt zu gleicher Abnahme der Kaufkraft des Geldes führt, doch durch eine gewisse Regelmäßigkeit und Stetigkeit die Anpassung der Einkommen an dieses Sinken der Kaufkraft erleichtert und so für die Massen der Verbraucher immerhin einigermaßen erträglich bleibt. Was die deutsche Teuerung neuerdings so verhängnisvoll und so ruiniös machte, ist das beispiellose Tempo, das sie in den letzten Monaten und Wochen eingeschlagen hat; und ihre zerstörenden Wirkungen treten viel krasser und viel deutlicher hervor, wenn man die heutigen Preise mit denen des Herbstes oder des Frühjahres 1921 vergleicht, als wenn man sie denen des Friedens gegenüberstellt. Im vorigen Sommer hat der Reichsminister Brüning in einer seiner Reichstagsreden von der „Großschmaroterei“ gesprochen, also von der Mark, deren innere Kaufkraft zehn Friedenspfennigen gleichkommt. Damals waren in der Tat die Lebenshaltungskosten — durch Höchstmieten, Ernährungszwangswirtschaft künstlich herabgedrückt — im Durchschnitt wohl erst auf das Zehnfache des Friedensstandes gestiegen. Wenn man heute im April 1922 die innere Geldwertwertung mit einem ähnlich knappen Ausdruck bezeichnen wollte, müßte man von einer Dreißigpfennigmark reden; und es ist noch zweifelhaft, ob dies Wort nicht noch ein bißchen zu optimistisch wäre. Wenn man von den letzten, bei dem schnellen Fortschritt der Teuerung schon stark antiquierten Lebenshaltungsziffern vom März ausgeht, die seither eingetretenen neuen Preissteigerungen und die außerordentlichen Preissprünge einzelner wichtiger Waren berücksichtigt (Kartoffeln kosten jetzt 110- bis 120mal so viel wie im Frieden, die Butter steht nach dem letzten „Niedergang“ immer noch auf dem 43fachen Friedenspreis, Fleisch im Durchschnitt mindestens auf dem 40fachen), so kommt man zu dem Ergebnis, daß die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in diesem Augenblick wenigstens das Fünfunddreißigfache der Friedenszeit erreicht haben. Das bedeutet, daß das Realeinkommen des Einzelnen seit Jahresfrist nur dann gleichgeblieben ist, wenn es sich nominal, in Papiermark, auf das Dreieinhalbfache erhöht hat. Jede Einkommenssteigerung, die hinter dieser Verhältniszahl zurückbleibt, bringt eine Verminderung des Realeinkommens, eine Herabdrückung der Lebenshaltung zum Ausdruck. Legt man diesen Maßstab an, so wird man im deutschen Volk nur ganz wenige bevorzugte Gruppen und Schichten finden, die sich in den letzten Monaten und Wochen nicht in raschem materiellem Niedergang befinden. Auch die Arbeiterschaft, die organisatorisch gewarnt über die stärkste Macht ökonomisch-sozialer Selbstbehauptung verfügt, kann bei solchem Tempo nicht mitkommen. Noch viel weniger aber können die Angestellten und Arbeiter ihre Lebenshaltung verteidigen, die infolge ihrer schwächeren

## Die Taktik der Russen.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

r-r Genua, 13. April.

Die russische Delegation hat es leicht durchgesehen, daß die Sitzung der ersten oder, wie sie in Zukunft richtiger bezeichnet werden soll, der politischen Unterkommission, von heute Donnerstag auf morgen Freitag vormittag verlegt worden ist. Man konnte ihnen den Wunsch nicht gut abschlagen, den sie damit begründeten, daß sie diese Frist noch gebrauchten, um sich in das eingehende Studium der Vorschläge der Londoner Sachverständigenkonferenz zu vertiefen. Sie dürften den Tag nebenher zu ihren nützlich scheinenden Begegnungen und Besprechungen mit anderen Delegationen benutzt haben.

Daß die Russen die Londoner Vorschläge nicht a limine ablehnen, — was man zunächst sogar für möglich gehalten hat, — ist durch die Erklärungen Joffes und Krasins sichergestellt. Sie wer-

den vielmehr die Londoner Vorschläge als Verhandlungsbasis annehmen. Damit aber wird das Londoner Memorandum für sie schon abgetan sein. Sie werden darüber morgen noch nicht diskutieren, und auch nicht, sofern sie ihre Absicht nicht mittlerweile noch ändern, eigene Gegenvorschläge entgegenstellen.

Schlichterin will zunächst die große prinzipielle Auseinandersetzung zwischen Russland und dem übrigen Europa herbeiführen. Niemand weiß, welche Ueberraschungen er mit und in seiner Rede bringen wird, ohne von der vorgezeichneten Linie seiner Politik abzuweichen, um es in Genua bei allem Viegen nicht zum Brechen kommen zu lassen.

Die russische Delegation wird in der morgigen Sitzung der politischen Unterkommission ein Memorandum überreichen, das bereits an die Journalisten verteilt worden ist. Dieses Dokument enthält eine ausführliche Darstellung der Rechtslage, wie sie heute in Russland für Privateigentum und für den Befitzer besteht.